

Foucaults Thesen zur Gouvernementalität

Anmerkungen zur Debatte

Das Werk von Michel Foucault erlebt seit einigen Jahren eine verstärkte Rezeption. In jüngster Zeit konnte man jedoch innerhalb linker wissenschaftlicher Theoriedebatten eine tiefe Skepsis gegenüber dem französischen Philosophen beobachten. In einem Editorial der Zeitschrift „Das Argument“ (249/2003) wird das Bild einer boomenden „Foucault-Industrie“ skizziert, deren wesentlicher Zweck darin bestünde, marxistische Theorie und Ideologiekritik zu verdrängen. Doch gibt es in der akademischen Linken außer dieser etwas einseitigen Abwehrhaltung auch eine offenere und positivere Aufnahme des foucaultschen Werkes. Diese Rezeptionslinie sieht in seiner Machttheorie eher eine sinnvolle und notwendige Erweiterung und Ergänzung marxistischer Begrifflichkeiten, als lediglich eine „Modeerscheinung“. In der Problematisierung der ideologischen Grundlagen kapitalistischer Herrschaft, in rassistisch-theoretischen Debatten, in der feministischen Diskussion patriarchaler Machtverhältnisse ist verstärkt eine Anregung durch die foucaultsche Theorie festzustellen. So ist z.B. in „Empire“ von Michael Hardt und Antonio Negri – ein Versuch, den globalisierten Kapitalismus als Form neoliberaler bzw. postfordistischer Gouvernementalität zu begreifen – die foucaultsche Theorie ein entscheidender Bezugspunkt.

In den folgenden Ausführungen will ich mich auf die Fortentwicklung der Foucaultschen Machttheorie konzentrieren, die er 1978/79 am Collège de France gehaltenen Vorlesungen entwickelt hat und die mit dem Erkenntnis leitenden Begriff „Gouvernementalität“ verbunden sind. Diese Vorlesungen sind im Herbst 2004 im Suhrkamp-Verlag auf Deutsch erschienen und sind insofern von besonderem Interesse, als sich im Anschluss an die Studien zur Gouvernementalität Anfang der 90er Jahre im angelsächsischen Sprachraum eine Forschungsperspektive etabliert hat, die so genannten „gouvernementality studies“, die mittlerweile zunehmend auch im deutschsprachigen Gebiet einen Resonanzboden gefunden hat.¹ Einen weiteren Schub für die jüngst auflebende deutschsprachige Foucault-Rezeption gab die Frankfurter Foucault-Konferenz im Jahr 2001. Mittlerweile hat sich die Beschäftigung mit den Foucaultschen Thesen zur Gouvernementalität im sozialwissenschaftlichen

¹ Schon vor der Publikation der Vorlesungen hat auch im deutschsprachigen Gebiet ein Anschluss an die Foucaultschen Thesen über die Gouvernementalität eingesetzt. Bahnbrechend für diese Rezeption war ein 1997 erschienenes Buch von Thomas Lemke, der das machttheoretische Spätwerk Foucaults, das damals nur im Foucault-Archiv in Paris in Form von Tonbändern und Transkriptionen zugänglich war, übersetzte und systematisch darstellte – und somit für den deutschen Markt zugänglich machte (vgl. Lemke 1997). 2000 wurde schließlich im Suhrkamp-Verlag ein Band herausgegeben, der eine zentrale Vorlesung des ‚Vorlesungszyklus‘ von 1978 wie auch einige ‚gouvernementalitätstheoretische‘ Analysen enthält (vgl. Bröckling u.a. (Hrsg.) 2000).

Diskurs etablieren können². In den folgenden Ausführungen möchte ich mich vor allem mit zwei Fragen beschäftigen. *Erstens*: Welcher Stellenwert kann/soll den foucaultschen Thesen zur Gouvernementalität aus der Perspektive marxistischer Gesellschaftstheorie zukommen? *Zweitens*: Wie ist der zeitdiagnostische Gehalt der foucaultschen Rekonstruktion des ordoliberalen Diskurses einzuschätzen?

1. Gouvernementalität als begriffliche Erweiterung und Fortentwicklung der Foucaultschen Machtanalyse

1982, zwei Jahre vor seinem Tod, erklärt Foucault, rückblickend auf sein Werk der letzten 20 Jahre, dass seine Arbeiten weder der Analyse der Macht noch der Konzipierung einer Machttheorie gewidmet seien. Vielmehr bestehe sein Interesse in der „Geschichte der Verfahren [...], durch die in unserer Kultur Menschen zu Subjekten gemacht werden“ (SM, 243). Der rekonstruktive Blick auf die Mechanismen der Macht soll, so Foucaults zeitdiagnostischer Anspruch, einen präzisen Blick auf die „Geschichte der Gegenwart“ ermöglichen. In historischen Analysen sei zu untersuchen, wie die Macht „das Individuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt, ihm ein Gesetz der Wahrheit auferlegt, das es anerkennen muss und das andere in ihm anerkennen müssen“ (ebd., 246). Das Subjekt ist somit immer schon so tief in Machtbeziehungen und kulturelle Wissensformen eingebunden, dass die Struktur von Subjektivität gar nicht unter Abstraktion ihrer Verbundenheit in Macht-/Wissensbeziehungen analysiert werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch die These vom „explanatorischen Tod des Subjekts“ (Detel 2003: 184) zu verstehen: die historischen Formen und Strukturen sind so allgemein und übergreifend, dass für die Beschreibung und Analyse derselben die Subjekte keinerlei Rolle spielen. Die Wirkungsweise der Macht zielt jedoch nicht unmittelbar und direkt auf das Handeln der Subjekte, wie dies z.B. in einem Gewaltverhältnis geschieht. In den späten 70er Jahren betont Foucault zunehmend die Möglichkeit des Subjekts, sich in Machtverhältnissen auch aktiv zu verhalten und koppelt diese Perspektive an die Betonung der „Produktivität der Macht“. Macht hat nicht nur repressive und unterdrückende Auswirkungen, sondern auch „positive“: als „Führung“ begriffen „stachelt [sie] an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt, macht mehr oder weniger wahrscheinlich“ (SM, 255). Die Wirkungsweise von Macht wird allgemein handlungstheoretisch gefasst: Macht existiert nur in der Interaktion zwischen Individuen und zwar als Strukturierung des Feldes möglicher Handlungen anderer.

Dieses Machtkonzept, das die Dezentralisierung von Führung betont und die Machtausübung in sämtlichen Lebensbereichen analysiert, wendet Foucault gegen Ende der 70er Jahre auch auf den Staat an. In den Vorlesungen von 1978/1979 am Collège de France widmet er sich der „Geschichte der Gouver-

² Vgl. u.a. Pieper/Rodriguez 2003, Opitz 2004, Bröckling u.a. (Hrsg.) 2004; Schwarz (Hrsg.) 1994

nementalität“, in der er den modernen Staat in eine Gesamttechnologie der Macht integrieren will. In seinen bisherigen Machtanalysen zur „Mikrophysik der Macht“ war der Staat eher von nachrangigem Interesse (STB, 180). Bei der Beschäftigung mit der „Genealogie des modernen Staates“ interessiert ihn weniger die politisch-administrative Struktur des Staates, als vielmehr die Frage, wie sich unterschiedliche Formen der Reflexion auf die Regierungspraxis in ihrer Ausübung politischer Souveränität herausgebildet haben. Es soll untersucht werden, wie sich Machttechniken, Wissensformen und Subjektivierungsprozesse gegenseitig konstituieren und unter dem Schirm staatlicher Herrschaft zentralisieren. In dem Vorlesungszyklus von 1978 konzentriert sich Foucault auf die Genealogie des modernen Staates, im darauf folgenden Jahr auf die liberale Gouvernementalität und ihre Fortentwicklung im Ordo-/Neoliberalismus.

Der moderne Staat abendländischer Gesellschaften ist, so eine zentrale historische These Foucaults, dadurch gekennzeichnet, dass er die Machttechniken des christlichen Pastorats übernommen hat. Dieses besteht in den umfassenden Leitungsaufgaben des Pastors gegenüber der Gesamtheit der Christen. Als Hirte hat er die einzelnen Schafe zu leiten und dafür zu sorgen, dass sie auf dem Weg des Heils vorankommen. Durch ein dichtes institutionelles Geflecht überwacht die Pastoral-Macht die minutiöse Lenkung und Kontrolle des täglichen Verhaltens der Herde. Diese umfassende Überwachung des „Seelenheils“ der einzelnen Schafe wird gewährleistet durch die Einübung des „reinen Gehorsams“ gegenüber den Wahrheiten und Anweisungen des Pastors wie durch eine permanente Gewissensleitung.

Ende des 15./Anfang des 16. Jahrhunderts geraten die kirchlichen Institutionen und mit ihnen die Pastoralmacht in die Krise. Dies führt jedoch keineswegs zum Verschwinden des Pastorats. Vielmehr ist eine Säkularisierung der im Christentum entwickelten Führungstechniken festzustellen. Diese erfahren im 16. und 17. Jahrhundert eine Ausweitung, treten in die Sphäre der Politik ein und markieren letztlich die „Schwelle des modernen Staates“ (vgl. STB, 242). Der Übergang vom Pastoral der Seelen zur politischen Regierung der Menschen lässt sich nachvollziehen an der Verschiebung des Diskurses über die Führung von Menschen. Jenseits kirchlicher Autoritäten bildet sich ein Diskurs heraus, der die Führung der Menschen in ihrem weltlichen Heil problematisiert. Im Diskurs der „Staatsräson“ wird die Frage thematisiert, wie eine Regierungskunst zu entwerfen sei, die den Staat in seinem täglichen Funktionieren, in seiner alltäglichen Verwaltung, in seiner straffen Herrschaft über die Menschen aufrechterhält. Die pastoralen Themen des Heils, des Gehorsams, der Wahrheit, des Glücks erfahren ihre Aufnahme in den politischen Diskurs. Im 17. und 18. Jahrhundert entwickelt sich vor allem in Deutschland und in Frankreich der Diskurs der „Polizei“. Deren Hauptproblem ist das der „guten Ordnung“. Die Polizei zielt nicht nur auf die Förderung der Stärke des Staates ab, sondern auch auf die Sorge um das Leben der Bürger. Das Glück und der Wohlstand der Individuen werden als notwendige Voraussetzungen für das Überleben und die Stärke des Staates angesehen. Im Diskurs der Polizei, der auf die Gesamtheit der Handlungen

zei, der auf die Gesamtheit der Handlungen zielt, mit denen die Menschen regiert werden, tritt ein neues Subjekt-Objekt auf: die Bevölkerung. Als mögliche Quelle von Gefahren wird sie Gegenstand wissenschaftlicher Analysen und politischer Interventionen. Letztere zielen auf eine umfassende Kontrolle des Zusammenlebens der Menschen. Im 18. Jahrhundert entsteht jedoch ein Gegendiskurs zur Polizei. Der Diskurs der „politischen Ökonomie“ thematisiert das „Bevölkerungsproblem“ auf eine andere Weise. Die Bevölkerung erscheint nun als ein Phänomen, das durch eine „intrinsische Naturalität“ charakterisiert ist, durch bestimmte Sterbe- und Fruchtbarkeitsziffern, Epidemien, Übervölkerungserscheinungen etc. Der Bevölkerung, die sich durch die mannigfaltigen Beziehungen zwischen Individuen zusammensetzt, wird eine eigene Gesetzlichkeit beigemessen, die der Staat nicht direkt kontrollieren kann. Die Bevölkerung als Menge von Untertanen wird abgelöst von der Bevölkerung als einer Gesamtheit natürlicher Phänomene, deren Verwaltung vielfältige Machttechnologien und Wissensformen auf den Plan ruft. Dies markiert die Schwelle zur „Geburt der Biopolitik“, die es „mit der Bevölkerung als (...) zugleich wissenschaftlichem und politischen Problem, als biologischem und Machtproblem zu tun hat“ (VdG, 289). Die biopolitische Regulierung der Bevölkerung bedeutet einen grundlegenden Wandel der regierungstechnischen Interventionslogik. Anders als die Machtmechanismen der Disziplin, die die disziplinäre Unterwerfung und Dressur der individuellen Körper zum Ziel hatten³, richtet sich die biopolitische Intervention auf globale Gleichgewichtszustände und Regelmäßigkeiten. Mittels bestimmter „Sicherheitsmechanismen“ soll die Realität flexibel reguliert werden, um extreme Abweichungen zu verhindern. Diese Machttechnologie fügt sich in die bestehenden Regierungsmechanismen ein. Foucault spricht von einem Dreieck aus „Souveränität, Disziplin und gouvernementale[r] Verwaltung, eine gouvernementale Verwaltung, deren Hauptzielscheibe die Bevölkerung ist und deren wesentliche Mechanismen die Sicherheitsdispositive sind“ (STB, 161).

Mit den Sicherheitsmechanismen, die in die Realität nur regulierend eingreifen, sind die diskursiven Voraussetzungen für die Artikulation der „liberalen Gouvernementalität“ gegeben. Adam Smiths Metapher von der „unsichtbaren Hand“ versinnbildlicht die Grundintuition des Liberalismus, der zufolge Wirtschaft und Gesellschaft eigenlogisch operierende Bereiche sind, die von der Regierung zu respektieren seien. Die Gewährleistung der Handlungsfreiheit rational agierender Individuen werde zum Wohlstand aller führen. Es gilt „die natürlichen Prozesse [der Bevölkerung] zu achten oder sie zumindest zu berücksichtigen, sie spielen zu lassen oder mit ihnen zu spielen“ (STB, 505). Die Paradoxie an diesem frühliberalen Freiheitsbegriff ist jedoch, dass durch regulatorische Eingriffe erst die Bedingungen geschaffen werden, die ein freies Walten der gesellschaftlichen Prozesse ermöglichen können. Die Ausübung der „unternehmerischen Freiheit“ des Kapitalisten ist gekoppelt an die fried-

³ Die Analyse der disziplinarischen Zurichtung des Menschen durch die sog. „Disziplinarmacht“ betreibt Foucault in „Überwachen und Strafen“ (ÜS).

volle Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft, z.B. durch Armenunterstützung, Sozialversicherung etc. Auch wenn der rationale Gebrauch individueller Freiheit zur Bedingung der ökonomischen Regierung wird, die produktiver ist als die direkte Beherrschung der Subjekte, gilt für den Liberalismus, dass er stets ein Eingreifen erfordert, das ein Nicht-Eingreifen ermöglicht (vgl. Opitz 2004: 57). Die liberale Gouvernementalität organisiert die Bedingungen, unter denen die Individuen frei handeln können. Des Weiteren stellt sich die Frage, wie hoch die „Produktionskosten der Freiheit“ sind, d.h. ab wann die freie Verfolgung der individuellen Interessen zu einer Bedrohung für das Allgemeinwohl wird. Diese Frage wird dem Kalkül des Sicherheitsdispositiv unterstellt, so dass man sagen kann, dass Freiheit und Sicherheit die beiden Pole der liberalen Gouvernementalität sind (vgl. Lemke 1997: 186).

Die Varianten des Neoliberalismus fußen zwar auf den Grundzügen des frühen Liberalismus, artikulieren diese jedoch modifiziert. Ein zentraler Unterschied zwischen diesen beiden Regierungskünsten besteht in abweichenden Einschätzungen der Funktion des Marktes und in unterschiedlichen Begriffen von „Freiheit“. Der Neoliberalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er sich von der naturalistischen Vorstellung von Markt und Freiheit des Frühliberalismus absetzt. Das Funktionieren des Marktes und des rationalen Handelns der Individuen ist nun nicht mehr eine durch die menschliche Natur gegebene Voraussetzung, sondern wird zum Ziel der „neoliberalen Regierung“. Der Markt muss überhaupt erst durch politische Interventionen konstituiert und erhalten werden. So betonen die ordoliberalen Theoretiker der „Freiburger Schule“, die maßgeblich an der Gestaltung des Konzepts der „sozialen Marktwirtschaft“ beteiligt waren, dass die reine Konkurrenz als Ziel eine unablässige und aktive Politik notwendig macht. In den Kapitalismus gelte es politisch einzugreifen, und zwar im Interesse seines Überlebens. Es gelte eine „Wirtschaftsordnung“ als Gegenstand und Resultat politischer Interventionen zu etablieren, die eine Stabilität des kapitalistischen Systems gewährleistet. Der US-amerikanische Neoliberalismus, wie er durch die Chicagoer-Schule geprägt wurde, „radikalisiert“ den Ordoliberalismus. So weitet er die ökonomische Form konsequent auf das Soziale aus. Ökonomische Analyseschemata und Entscheidungskriterien werden auch auf nicht genuin ökonomische Bereiche übertragen. Die Ökonomie umfasst in dieser Konzeption die Gesamtheit menschlichen Handelns, insofern dieses durch die Allokation knapper Güter zu konkurrierenden Zielen charakterisiert ist. Diese Annahme hat zwei Funktionen: zum einen funktioniert die Generalisierung der ökonomischen Form als Analyseprinzip, das sämtliche gesellschaftliche Bereiche und Handlungen mittels ökonomischer Kategorien untersucht. Zum anderen hat das ökonomische Raster auch eine programmatische Funktion und zwar insofern, als es eine kritische Bewertung von Regierungsaufgaben anhand von Markt- und Effizienzkriterien ermöglicht. Hatte der klassische Liberalismus die Regierung noch dazu angehalten, den Markt möglichst unberührt zu lassen, ist der Markt in der neoliberalen Gouvernementalität nicht mehr das Prinzip der

Selbstbegrenzung des Handelns, sondern das Prinzip, das sich gegen sie kehrt. Foucault spricht in diesem Zusammenhang von einem „ökonomischen Tribunal mit der Absicht, das Handeln der Regierung in streng ökonomischen und marktbezogenen Begriffen zu beurteilen“ (GdB, 342). Von dem Vertrauen in die Steuerungskapazität von Märkten geleitet, gilt in der politischen Rationalität des Neoliberalismus somit auch die Erzeugung von Märkten als das Regierungsinstrument schlechthin. Die Aufgabe der Regierung besteht demzufolge in der Erfindung marktförmiger Handlungssysteme für Individuen, Gruppen und Institutionen.

Anhand der Theorie des Humankapitals zeigt Foucault, wie die neoliberale Gouvernamentalität eng gekoppelt ist an den „methodologischen Individualismus“ der neoklassischen Wirtschaftstheorie. Die Humankapitaltheorie analysiert den Arbeitsprozess ausgehend von subjektiv-voluntaristischen Nutzenkalkülen der Arbeitenden. Die Motivation der Arbeitenden und die Anwendung ihrer Kompetenzen und Geschicklichkeiten werden ins Zentrum des Interesses gestellt. Diese Perspektive auf die ökonomisch-rational kalkulierenden Individuen ermöglicht eine Objektivierung der Arbeitenden als autonome Unternehmer, die eigenverantwortlich Investitionsentscheidungen fällen und auf die Produktion eines Mehrwerts abzielen. Auch fällt auf, dass die Generalisierung des ökonomischen Musters sowohl ein Analyseraster liefert als auch eine programmatische Funktion hat. Der „homo oeconomicus“, der seine Entscheidungsprozesse in sämtlichen Lebensbereichen (Familie, Ehe, Beruf etc.) an Marktkriterien und Kosten-Nutzen-Kalkülen orientiert, wird im Denken der Chicagoer-Schule zu einem behavioristisch-manipulierbaren Wesen und Korrelativ einer Gouvernamentalität, die mit der „rationalen Wahl“ der Individuen rechnen darf (vgl. Lemke 1997: 251).

Im Zentrum der neoliberalen Gouvernamentalität steht somit neben der Politik der Erzeugung neuer Märkte die spezifische Subjektivierung der Subjekte als „Unternehmer ihrer selbst“, die ihre singulären Bedürfnisse auf Grundlage ihrer rationalen Kalkulation optimal befriedigen. Mit der breiten Anlage des Begriffs der „Gouvernamentalität“, der ja konzipiert ist, um das Ineingreifen von Machttechnologien und Selbsttechnologien zu analysieren, lässt sich zeigen, wie die neoliberale Gouvernamentalität zu begreifen ist als umfassende staatliche Verwaltung des Verhaltens der Menschen durch spezifische Subjektivierungsmodi. Im Rahmen der neoliberalen Regierungskunst signalisieren Selbstbestimmung, Verantwortung und Wahlfreiheit nicht die Grenze des Regierungshandelns, sondern sind selbst ein Instrument und Vehikel, um das Verhältnis der Subjekte zu sich und zu den anderen zu verändern. Durch die Verschiebung der Führungskapazitäten von staatlichen Apparaten hin zu den Individuen wird eine Dezentralisierung der Führung anvisiert, von der man sich eine effektive Regierung verspricht: „Warum sollte es nötig sein, individuelle Freiheiten und Spielräume einzuschränken, wenn sich politische Ziele wesentlich ökonomischer mittels individueller Selbstverwirklichung realisieren lassen“ (Bröckling u.a. 2000: 30).

2. Erklärungswert der Foucaultschen Thesen zur „neoliberalen Gouvernementalität“

Foucaults Beschäftigung mit dem Neoliberalismus Ende der 70er Jahre ist zu verstehen vor dem Hintergrund der Krise des fordistischen Wachstumsmodells. Auch wenn Foucault um den bedeutenden Einfluss der Wirtschaftskrise weiß, die sich – vereinfacht gesagt – in einem Einbruch der Profitraten in den 70er Jahren ausdrückt, will er die Aufmerksamkeit auf die Krise des allgemeinen Dispositivs der Gouvernementalität lenken. Zu einem Zeitpunkt, in dem die sich gerade herausbildende Regulationstheorie über die Ursachen und Konsequenzen der „Krise des Fordismus“ zu reflektieren beginnt, diagnostiziert Foucault eine umfassendere Krise der Regierung: „Die Gesamtheit von Prozeduren, Techniken, Methoden, welche die Lenkung der Menschen untereinander gewährleisten, scheint mir heute in die Krise geraten zu sein“ (MiE, 118 f.). Diese Krise schätzt Foucault vor allem als Krise des liberalen Sicherheitsdispositivs und der wohlfahrtsstaatlichen Gouvernementalität ein. Sie steht zwar im Zusammenhang mit der Krise des Kapitalismus, ihr Verlauf und vor allem die artikulierten Neueinschätzungen im Hinblick auf das Problem der Regierung könnten jedoch nicht aus den Krisen des Kapitalismus abgeleitet werden (GdB, 106). In einer Situation, in der das keynesianische Modell und der Sozialstaat Adressaten einer Reihe von Kritiken werden – die in unterschiedlichsten Ausprägungen im rechten wie im linken politischen Lager formuliert werden – beschäftigt sich Foucault schon vor dem „offiziellen“ Beginn der „neoliberalen Offensive“, der in der Regel mit dem Regierungsantritt von Reagan und Thatcher datiert wird, mit der politischen Rationalität des Neoliberalismus vom Ordoliberalismus bis hin zu den Reformulierungen der Chicago-Boys.

Foucaults Diagnose der neoliberalen Regierungskunst liefert wichtige Einsichten für die weitere Analyse des neoliberalen Herrschaftsdispositivs. So lässt sich im Anschluss an Foucault zeigen, dass die Identifizierung des Neoliberalismus als Herrschaft des Marktes, die sich auf Kosten der Politik durchsetzt, verkürzt ist. Vielmehr ist zu betonen, dass die Ausbreitung der Form des Marktes als Steuerungsinstrument Teil der politischen Strategie des Neoliberalismus ist. Ebenso verwischen die Diagnosen eines „Rückzugs des Staates“ und eines „desorganisierten Kapitalismus“, dass die Ökonomisierung der Politik selbst ein politisches Programm ist, das nicht das Ende sondern vielmehr eine *Transformation des Politischen* bedeutet. „Nicht eine Abnahme staatlicher Souveränität und Planungskapazitäten, sondern eine Verschiebung von formellen zu informellen Formen der Regierung lässt sich beobachten“ (Bröckling u.a. 2000: 26). Es kann im Anschluss an Foucault gezeigt werden, wie der Staat als „beweglicher Effekt eines Regimes verschiedener Gouvernementalität“ (Sph, 70) unter der neoliberalen Regierungskunst einer grundlegenden Umkodierung unterliegt. Die neoliberale politische Rationalität bestimmt neu, „was in die Zuständigkeit des Staates gehört und was nicht (...), was öffentlich ist und was privat ist, was staatlich ist und was nicht staatlich ist“ (STB, 164). Aus staats-theoretischer Perspektive bedeutet dies eine sinn-

volle Erweiterung des Phänomenbereichs. Der Staat wird nicht nur als Institution begriffen⁴, sondern als ein sich transformierendes Ensemble von Institutionen, Diskursen und Praktiken.

Ein weiterer Zug der neoliberalen Regierungskunst ist, wie Foucault betont, die Anrufung der Individuen als „unternehmerische Subjekte“. Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionen geht einher mit der Verlagerung von Führungskapazitäten von staatlichen Apparaten auf die „verantwortlichen“ Individuen. In der sich momentan europaweit vollziehenden „Sozialstaatsreform“ unter dem neoliberalen Paradigma der „wettbewerbsorientierten Sozialpolitik“ werden Probleme sozialer Ungleichheit und Arbeitslosigkeit in den Verantwortungsbereich der Individuen verlagert (vgl. Dräger 2004). In der Bearbeitung der Arbeitslosigkeit geht es dieser „aktivierenden Sozialpolitik“ z.B. darum, die Betroffenen zu verpflichten, unablässig und aktiv nach einem Arbeitsplatz zu suchen und ihre beruflichen Qualifikationen zu verbessern – so dass sie sich aus der „selbstverschuldeten Notlage“ eigenständig befreien können (vgl. Pieper 2003: 144 ff.). In sämtlichen Reformen des Sozialstaats werden rechtlich abgesicherte Positionen der Subjekte durch moralisch-ökonomische Autonomisierung und Subjektivierung aufzubrechen versucht. Die Mechanismen der sozialstaatlichen Sicherung verschieben sich vom Prinzip der kollektiven Absicherung hin zur verstärkten Betonung der bürgerlichen Pflichten und Verantwortung des Einzelnen. Opitz vermag im Anschluss an Foucault zu zeigen, wie die postfordistische Umstrukturierung der Unternehmensführung verstanden werden kann als Teil der neoliberalen Regierungskunst. Die postfordistischen Führungstechnologien orientieren sich an der Subjektivierung der Arbeitskraft als „Unternehmer seiner selbst“, dessen subjektive Energien und kreative Ressourcen in voller Breite im Arbeitsprozess einzubringen und für die Mehrwerterzeugung „anzuzapfen“ sind.

Was die Foucaultsche Perspektive auf die neoliberale Gouvernamentalität zu zeigen vermag, ist, dass das neoliberale Führungskonzept durch die Ökonomisierung des Sozialen eine neue „Topographie des Sozialen“ (vgl. Lemke 1997: 253) konstruiert. Die Integration des ökonomischen Zwangs in das Soziale bewirkt eine größere wirtschaftliche Effizienz der wettbewerbsstaatlich zu mobilisierenden Bevölkerung. Die Produktion des vermeintlich ermächtigten, „autonomen“ Subjekts ist restriktiv gebunden an die selbstverantwortliche Ausrichtung des eigenen Lebens nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien.

3. Die Diskussion in der kritischen Gesellschaftswissenschaft

Gegen die Foucaultsche Diagnose der „neoliberalen Gouvernamentalität“ und deren Fortschreibung in den „gouvernementality studies“ sind aus linker Perspektive unterschiedliche Einwände erhoben worden. Eine Position ist gekennzeichnet durch eine ablehnende Haltung und tiefe Skepsis gegenüber der Foucaultschen (Macht-)Theorie. Diese ist vornehmlich motiviert durch die

⁴ Zur Kritik an einem institutionalistisch verkürzten Staatsbegriff: STB 174 ff.

Befürchtung, die intellektuelle Vorherrschaft des Foucaultschen Ansatzes könne im Milieu kritischer Gesellschaftstheorie zentrale Marxsche Begriffe verdrängen, ohne die ein Verständnis kapitalistischer Gesellschaften unmöglich sei⁵. Eine weitere Position des Umgangs mit Foucault besteht darin, sein Werk als Erweiterung oder Ergänzung der kritischen Intuitionen von Marx zu lesen. Aus dieser Perspektive werden einzelne theoretische Schwachpunkte der Foucaultschen Analytik hervorgehoben.

Gegen die Foucaultsche Analyse der „Gouvernementalität“ wird in der Rezeption zum einen der Einwand geltend gemacht, dass er lediglich eine Analytik der Regierungsprogramme betreibe, jedoch ausblende, wie sich das Wechselspiel von Regierungdenken und der historischen Wirklichkeit gestaltet. Der Preis, der für die Fokussierung auf diesen analytischen Rahmen auf Programme zu zahlen ist, sei, so die Kritik, hoch. Die Analyse der politischen Rationalitäten sei kaum oder höchstens unzureichend in ihrer Beziehung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen untersucht.

Die Ausblendung der „realgeschichtlichen“ Dimension habe die Konsequenz, dass die Subjekte und geschichtlichen Prozesse auf der theoretischen Ebene ausgeblendet werden. Dieser Einwand, der Foucault einen strukturalistisch verkürzten Blick auf die Analyse der geschichtlichen Zusammenhänge⁶ vorwirft, besagt, dass der Einfluss gesellschaftlicher Kämpfe in der theoretischen Reflexion nicht angemessen berücksichtigt werde. Der Einfluss sozialer Kämpfe und politischen Widerstands bleibe unterbelichtet. Diese Faktoren fänden lediglich als äußerliche, negative Größe Eingang in die Analyse, und zwar als Ursache für das Scheitern von Regierungsprogrammen. Die Perspektive sei reduziert auf einen Mechanismus, der als Wirkung nur die Implementation, im Widerstand nur ein Scheitern der Programme und einen Auslöser für ihre Neuentwicklung erkennen kann. Die Kritik bleibe folglich eine rein „intellektuelle Übung, solange sie den Anteil anderer gesellschaftlicher Praktiken und Akteure an der Ausbildung einer ‚Regierungsmentalität‘ nicht mit einbezieht“ (Müller 2003: 101). Funktionalistisch würden gesellschaftliche Kämpfe unter die Bewegung der Regierungsprogramme subsumiert.

Ein weiterer Einwand, der erhoben wird, zielt auf die mangelnde Unterscheidung von Programmatik und empirischen Subjekten. Foucault löse seinen Anspruch, mit dem Begriff des Gouvernement die Verknüpfung der Machttechnologien mit den Selbsttechnologien zu fokussieren, nicht ein. Der Fehler liege darin begründet, dass Foucault, wie Bröckling richtig feststellt, das in sei-

⁵ Ein Beispiel für diese Position ist folgender Gedankengang Manfred Dahlmanns: Foucault konnte Marx in den Köpfen der Intellektuellen ab Ende der siebziger Jahre verdrängen – und zwar aufgrund seiner einfallsreichen und suggestiven Analysen, die auf einer allumfassenden, leicht verständlichen Logik beruhen, mit deren Hilfe man sich mühelos die gesamte Welt erklären könne (vgl. Dahmann 2001: 90).

⁶ Zuerst hatte Alfred Schmidt diese Kritik (am französischen Strukturalismus im Allgemeinen) in seinem Aufsatz über den „strukturalistischen Angriff der Geschichte“ formuliert; vgl. Schmidt (1969).

nen Analysen konstruierte Subjekt nicht als vorfindbare Entität konzipiert, sondern als die Richtung, „in der Individuen verändert werden und sich verändern sollen“ (Bröckling 2002: 178f.). Mit der so generierten Perspektive auf das Subjekt als Gerundivum, als zu produzierendes und zu optimierendes, gerieten, so die Kritik, die Prozesse aus dem Blick, in denen sich die Selbst- und Herrschaftstechnologien mit den je historischen Formen der Gesamtverhältnisse verbinden. Dieses Ausblenden von Gesellschaftlichem und Psychischem (vgl. Wagenknecht 2003: 200) gehe einher mit der Nichtberücksichtigung der konkreten Prozesse der Subjektkonstitution. Ging es den Gouvernentalitätsstudien von der Programmatik her darum, die diskursive Produktion neuer Subjektpositionen zu rekonstruieren, bliebe dennoch ungeklärt, wie Einverständnis oder Widerstand gegenüber einer politischen Ordnung entsteht (vgl. Müller 2003: 100).

Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive, aus der diese Kritikpunkte an der Foucaultschen Diskursanalyse der politischen Rationalität formuliert werden, gibt es noch fundamentalere Einwände. So ist zum Beispiel Foucaults Machtbegriff ein Hauptgegenstand vehementer Kritik von Seiten marxistischer Gesellschaftstheoretiker. Der von Foucault sehr umfassend konzipierte Machtbegriff vermöge zwar durch die Betonung des zentrumslosen Charakters der Macht die mikrophysikalischen und alltäglichen Machtwirkungen analytisch in den Begriff zu bekommen und somit die Grenzen ideologiekritischer, ökonomistischer und staatszentrierter Ansätze aufzuzeigen. Dieser theoretische Mehrwert sei jedoch teuer erkaufte. Der „intellektuelle Preis der foucaultschen Marx-Überwindung“ liege, so Rehmann, in einem Essentialismus der Macht, die nicht mehr unterscheiden könne zwischen Macht als Bedingung von Gesellschaft und Macht als soziale Asymmetrie. Diese Konzeption bedeute ein Zurückfallen in monokausale Erklärungsmuster und die „Entfernung der Topik aus der Gesellschaftstheorie“ (Rehmann 2004: 177). Die mikrophysikalische Ent-ortung der Macht und ihre Herauslösung aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang resultierten in der Hypostasierung der Macht zu einem neo-nietzscheanischen Subjekt mit nahezu unbegrenztem Erzeugerstatus.

Neben dieser eher gesellschaftstheoretisch argumentierenden Kritik werden auch politisch-aktuelle Einwände formuliert. Diese Kritiken richten sich gegen die vermeintlich systematische Ausblendung von Herrschaftsstrukturen in der Analyse des Neoliberalismus. Es bestehe die Gefahr, dass durch die Betonung der Dezentralisierungsprozesse der „Regierung“ die – simultan ablaufenden – Konsolidierungsprozesse staatlicher Herrschaft verdeckt werden. Dem entgegen sei zu berücksichtigen, dass das, was als freies Spiel von Machtverhältnissen erscheint zugleich eine Festschreibung von Herrschaftsstrukturen in variiert Form ist. Gerade im Zusammenhang mit neoliberaler Globalisierung sei zudem davon auszugehen, dass repressive Interventionen des Staates an Bedeutung gewinnen (vgl. Brunnett/ Gräfe 2003: 64).

Die oben zusammengefassten Kritiken formulieren zum Teil berechnete Einwände. Zweifelhaft erscheint jedoch eine bestimmte Rezeptionslinie, die in

der marxistischen Linken gegenwärtig ist. Diese versucht Foucault in seinem politischen und theoretischen Wirken als einen Vordenker und Wegbereiter des Neoliberalismus darzustellen.⁷ Foucaults diffuse und suggestive Sozialstaatskritik, die sämtliche sozialstaatliche Verwaltung als Schlussstein einer totalen Bevormundung entlarvt und die „fortschrittlichen“ Errungenschaften der fordistischen Sicherheitsstandards nicht sehen will, ende, so die Kritik von Reitz, in einer methodischen Vorwegnahme der neoliberalen Wende (Reitz 2003: 93). Dies zeige sich nicht zuletzt auch darin, dass Foucault zu Beginn der 80er Jahre mit positiven Untertönen eine Grundfigur des neoliberalen Diskurses, das freie Individuum und dessen „Sorge um sich“, ins Zentrum seiner Analysen stellt. Des Weiteren habe er dadurch, dass er in seiner linksradikalen Phase mit der harschen Kritik an der Idee einer Gesamtgesellschaft einen partikularistischen Kritiktypus in die Protestbewegung einführte, „die Entwicklung einer Verantwortungsethik fürs Ganze unterminiert und im linksradikalen Diskurs die neoliberale Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhangs“ (Rehmann 2004: 133) vorweg genommen.

Sicherlich zielt Foucaults Kritik der „Versicherungsgesellschaft“ auf die Regulationstechniken des Wohlfahrtsstaates. Diese Kritik zielt jedoch darauf, dass die Einschreibung des „Solidaritätskonzepts“ in die Regierungskunst, wie der Foucault-Schüler Donzelot meint, weniger der ersten Schritt zum Sozialismus als vielmehr das beste Mittel gegen die subversive Reorganisation der Gesellschaft sei (vgl. Lemke 1997: 221). Zwar ist es richtig, zu betonen, dass erst durch den Erfolg der politischen Kämpfe der Arbeiterklasse sozialstaatliche Standards in das liberale Sicherheitsdispositiv eingeschrieben werden konnten. Diese richtige Feststellung darf jedoch nicht die Sicht auf die strategische Bedeutung des Sozialstaats versperren, die in einer „Depolitisierungspolitik“ liegt, die Kämpfe überflüssig machen soll. Der Nutzen der Sozialstaatskritik Foucaults besteht darin, aufzeigen zu können, dass die „Versicherungsgesellschaft“ mit ihrer Konzeption der „Solidarität“ ein sehr effektives Mittel zur Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, zur Verwischung der Klassengrenzen zwischen Kapital und Arbeit ist. Defert, der Lebensgefährte Foucaults, bringt dies auf den Punkt: „Die Sozialversicherung ist auch eine Versicherung gegen Revolutionen“ (zit. n. Lemke 1997: 213).

Es erscheint in Zeiten der Schwäche linker Kräfte fraglos erstrebenswert, die sozialstaatlichen Errungenschaften, die man in politischen Kämpfen der Kapitaleseite abringen konnte, gegen die aktuelle neoliberale Politik zu verteidigen. Vielleicht mögen linke Kritiken an der sozialstaatlichen Verwaltung der Gesellschaft auch dem Aufleben und der Stabilisierung der neoliberalen Hegemonie zugearbeitet haben, doch scheint eine Darstellung Foucaults als Vordenker des Neoliberalismus doch abwegig und unplausibel: zumal wenn sie aus einer Perspektive formuliert wird, die in einem den fordistischen Sozialstaat

7

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen schließlich auch die bestimmte konservative Lesarten von Foucault, so z.B. Andreas Platthaus, der Foucault als Fürsprecher der sozialen Marktwirtschaft hinstellt; vgl. „De l'Allemagne perdue“, in: FAZ vom 26.11.2004.

verklärenden Ton das Ver lustiggehen des „gesellschaftlichen Zusammenhangs“ und der „Verantwortungsethik fürs Ganze“ (sic!) beklagt.

Jenseits dieser Rezeptionslinie werden jedoch aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie auch produktive Kritiken formuliert. Die Herangehensweise dieses Stranges ist offener gegenüber den Foucaultschen Thesen und versucht die Innovationen der Foucaultschen Machtanalytik über den Weg einer kritischen Überprüfung in eine marxistisch informierte Gesellschaftstheorie zu integrieren⁸ – und weist hierbei auf theoretische blinde Flecken und Defizite des Gouvernementalitätsansatzes hin. Zu Recht wird gegen die Foucaultsche Analyse der Gouvernementalität eingewandt, dass die Vermittlung mit den realen historischen Kämpfen und Prozessen unterbelichtet bleibt. Ebenso wird berechtigterweise angemerkt, dass die konkreten Praxen der Subjekt-konstituierung kaum problematisiert werden. Ebenso werden die Möglichkeiten widerständiger Praxen kaum oder nur unzureichend erwähnt. Ein besonders gewichtiger Einwand betont begründeterweise, dass nicht nur „die ‚Ökonomie der Macht‘, sondern auch die ‚Macht der Ökonomie‘ im Sinne staatstheoretischer bzw. politökonomischer Problemstellungen systematisch zu berücksichtigen“ sei (Pieper 2003: 156). Dieser Vorwurf ist jedoch zu relativieren, da in zahlreichen Nebenbemerkungen Foucaults deutlich wird, dass die strukturelle Macht des „Kapitals“ in seinen machttheoretischen Analysen stets mitberücksichtigt wird – die Analyse der politischen Ökonomie jedoch einfach nicht das primäre Thema Foucaults ist⁹.

Eine Rezeption, die sich mit den Foucaultschen Analysen zur Gouvernementalität systematisch und gesellschaftstheoretisch beschäftigen will, wird die eben genannten begrifflichen Lücken zu schließen haben. Eine Möglichkeit, die politökonomische Perspektive systematisch in die Analyse der „Regierung der Menschen“ durch staatlich abgesicherte Machttechnologien mit einzubeziehen, wäre der Versuch einer theoretischen Synthese von Regulationstheorie und Gouvernementalitätsanalyse. Spricht Demirovic davon, dass die Regulationstheorie den „Anschluss an die Gouvernementalitätstheorie von Foucault“ bisher verpasst habe (vgl. Demirovic 2003), könnte man umgekehrt auch eine verpasste Ergänzung des gouvernementalitätstheoretischen Projektes durch den regulationstheoretischen Ansatz feststellen. Auf

⁸ In dieser Lesart erscheint Foucault als ein Theoretiker, dessen Projekt der kritischen Diagnose der Gegenwart Parallelen zum Marxschen Vorhaben aufweist. Fink-Eitel beschreibt die Kongruenz des kritischen „Theoriedesigns“ von Foucault und Marx wie folgt: „Darüber hinaus orientiert sich indes auch seine Methode insgesamt an der Marxschen: bestehendes soziales E-lend ist nicht allein als (mehr oder weniger zufälliger) Mangel zu kritisieren, sondern durch die ebenso positiven wie notwendigen Bedingungen seiner Möglichkeit zu erklären“ (Fink-Eitel 1980: 70).

⁹ Dass eine kritische Theorie der kapitalistischen Gesellschaft nur in einem Rahmen operieren kann, der von den Marxschen Grundbegriffen aufgespannt wird, ist für Foucault vollkommen klar. Die „Wahrheit“ der Marxschen Theorie sei so durchschlagend, dass man heutzutage keinen Unterschied mehr zwischen einem Historiker und einem Marxisten ausmachen könne (vgl. RÜS, 38f.).

die Kompatibilität dieser beiden theoretischen Perspektiven ist in der wissenschaftlichen Diskussion durchaus schon hingewiesen worden¹⁰.

Eine begriffliche Explikation seiner Machtanalysen wie seiner Methode war nie das Interesse Foucaults. Aus diesem Grund sollen die eben angeführten Hinweise auf die noch zu leistende systematisierende Arbeit, die eine präzise Bestimmung der theoretischen Schwachstellen leisten und die begriffliche Einfügung in sozialtheoretische Ansätze erschließen könnte, kurz und abschließend kontrastiert werden mit Äußerungen Foucaults über sein intellektuelles Selbstverständnis. Die Erfahrung habe ihn, so Foucault, gelehrt, „dass die Geschichte verschiedener Rationalitätsformen manchmal unsere Gewissheiten und Dogmen wirksamer erschüttern als abstrakte Kritik“ (KpV 66). Diese Arbeit der Erschütterung von Evidenzen will Foucault jedoch nicht verknüpfen mit Anweisungen, wie man diese Erkenntnisse denn im politischen Kampf einzusetzen habe: „Ich habe mich um eine Interpretation, eine Lesart der Wirklichkeit bemüht, die einen Wahrheitseffekt auslöst, der dann seinerseits als Instrument in möglichen Kämpfen eingesetzt werden kann. Ich wollte die Wahrheit sagen, damit sie angreifbar wird; eine Realitätsschicht entziffern, damit die Kraflinien und die wunden Punkte deutlich werden, die Punkte möglichen Widerstands und möglicher Angriffe, die gebahnten und die zurückgelegten Wege (...) Ich lege eine Interpretation der Geschichte vor, und die Frage – die ich nicht beantworte – lautet, wie diese Analysen sich für die gegenwärtige Situation nutzen lassen“ (EzM, 793 f.).

Literatur

Foucaults Schriften

- EzM: Erläuterung zur Macht. Antwort auf einige Kritiker. In: Dits & Écrits III (2003), Frankfurt/M.
- GdB: Geschichte der Gouvernementalität II: Geburt der Biopolitik (2004), Frankfurt/M.
- KpV: Für eine Kritik der politischen Vernunft. In: Lettre International, Nr.1 (1988).
- MiE: Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori (1996), Frankfurt/M.
- RüS: Räderwerke des Überwachen und Strafen. In: Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin (1976), Berlin.
- SM: Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L./ Rabinow, Paul (1987): Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt/M.
- Sph: Staatsphobie. In: Bröckling, Ulrich u.a. (Hrsg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung der Gegenwart, Frankfurt/M.
- STB: Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung (2004). Frankfurt.
- ÜS: Überwachen und Strafen (1976), Frankfurt/Main.
- VdG: Verteidigung der Gesellschaft (1999). Frankfurt/Main.

¹⁰ Demirovic (2003); Eser (2004); Opitz (2004); Schwarz (1994).

Weitere Literatur

- Bröckling, Ulrich/ Kramann, Susanne/ Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt.
- Dies.(2000): *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung.* In: dies. (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.
- Dies.(2004): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M.
- Bröckling, Ulrich (2002): *Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter. Gender Konstruktionen in Erfolgsratgebern.* In: *Leviathan*, Jg. 30, H.2.
- Brunnet, Regina/Gräfe, Stefanie (2003): *Gouvernementalität und Anti-Terror-Gesetze. Kritische Fragen an ein analytisches Konzept.* In: Pieper, Marianne/ Rodriguez, Encarnación (Hrsg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluss an Foucault*, Frankfurt/M.
- Dahlmann, Manfred (2000): *Das Rätsel der Macht. Über Michel Foucault.* In: Bruhn, Joachim (Hrsg.): *Kritik der Politik: Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*, Freiburg
- Demirovic, Alex (2003): *2003: Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie.* In: Brand, Ulrich/ Raza, Werner (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster.
- Detel, Wolfgang (2003): *Einleitung: Ordnungen des Wissens.* In: Honneth, Axel/Saar, Martin (Hrsg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault Konferenz 2001.* Frankfurt/M.
- Dräger, Klaus (2004): *Radikale „Sozialstaatsreform“ in Europa.* In: *Das Argument* 256/2004.
- Eser, Patrick (2004): *Neuere Kritiken der Regulationstheorie.* Marburg.
- Fink-Eitel, Hinrich (1980): *Michel Foucaults Analytik der Macht.* In: Kittler, F. A. (Hrsg.): *Die Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften. Programme des Poststrukturalismus*, Paderborn.
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität.* Hamburg, Argument.
- Müller, Cathren (2003): *Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den ‚Gouvernementality Studies‘.* In: *Das Argument* 249/ 2003.
- Opitz, Sven (2004): *Gouvernementalität im Postfordismus. Macht, Wissen und Techniken des Selbst im Feld unternehmerischer Rationalität*, Hamburg.
- Pieper, Marianne (2003): *Regierung der Armen oder Regierung von Armut als Selbstsorge.* In: dies./Rodriguez, Encarnación (Hrsg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluss an Foucault.* Frankfurt/M.
- Pieper, Marianne/ Rodriguez, Encarnación (Hrsg.) (2003): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluss an Foucault.* Frankfurt/M.
- Rehmann, Jan (2004): *Postmoderner Links-Nietzscheanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion*, Berlin/Hamburg.
- Reitz, Tilman (2003): *Die Sorge um sich und niemand anderen. Foucault als Vordenker neoliberaler Vergesellschaftung.* In: *Das Argument* 249/2003.
- Schmidt, Alfred (1969): *Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte.* In: ders. (Hrsg.): *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*, Frankfurt/M.
- Schwarz, Richard (Hrsg.) (1994): *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*, Mainz.
- Wagenknecht, Peter (2003): *„Always be yourself“. Männlichkeit, Klassenposition und normative Heterosexualität in der Formierung von Subjektivität.* In: Pieper, Marianne/ Rodriguez, Encarnación (Hrsg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluss an Foucault.* Frankfurt/M.